



Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: Erwirtschaften vor Verteilen - Leistung muss sich lohnen

***Leitantrag zum Bayerischen Mittelstandstag 2015/
MU-Landesversammlung am 19. September 2015 in Deggendorf***

Beschluss des MU-Landesvorstandes vom 10. Juli 2015 auf Schloß Atzelsberg/Erlangen

Bayern und Deutschland sind Spitze in Europa. Aber unser Wohlstand kommt nicht von selbst. Er ist das Ergebnis eines starken Mittelstands und einer starken Mittelschicht – unsere **Bürger und Betriebe leisten mehrere hundert Milliarden Steuern und Abgaben Jahr für Jahr.**

Gerade unsere kleinen und mittleren Betriebe sind das **Rückgrat unserer Wirtschaft.** Sie schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie haben uns erfolgreich durch die Finanzkrise geführt. Sie sind die unbedingte Voraussetzung für unsere Spitzenstellung in Europa auch in Zukunft.

Wir wollen unseren **Wohlstand auch in Zukunft sichern.** Wir wollen auch in Zukunft Wachstumsmotor und Stabilitätsanker in Europa sein. Deshalb wollen und müssen wir Mittelstand und Mittelschicht entlasten.

Denn Mittelstand und Mittelschicht geraten zunehmend unter Druck. **Steuern, Abgaben und Bürokratie machen vor allem kleinen und mittleren Betrieben das Arbeiten schwer.** Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Unternehmertum stoßen zunehmend auf Unverständnis und Ablehnung.

Wir sagen: Mittelstand und Mittelschicht sind nicht die Melkkuh der Nation. Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Unternehmertum sind Grundlegung und Voraussetzung für unsere Soziale Marktwirtschaft.

Deshalb sagen wir: **Es ist Zeit für Entlastungen.** Steuern sind zuallererst das Geld der Bürger und Betriebe. Gerade jetzt bei Rekordeinnahmen des Staates muss jetzt

gelten: Leistung muss sich lohnen – Mittelstand und Mittelschicht entlasten! Der Schuldenbremse muss jetzt die Steuerbremse folgen!

Zugleich gilt: Bürger und Betriebe sollen nicht immer weiter bevormundet werden. **Freiheit darf nicht ständig verregelt und verriegelt werden.** Deshalb brauchen wir mit der **Steuerbremse** auch eine **Bürokratiebremse**. Beide gehören zusammen, denn Bürokratie kostet Geld – und das beste Investitionsprogramm ist ein – echter – Bürokratieabbau.

Griechenland macht deutlich: Auch in Europa brauchen wir eine Politik der Freiheit und der Chancen statt einer Politik der Schulden. **Wir wollen unseren starken deutschen Mittelstand und Mittelschicht zu Vorbild in Europa machen.** Auch deshalb brauchen wir Entlastungen statt weitere Belastungen. Wir wollen die **Soziale Marktwirtschaft auch in Europa stärken.**

Die folgenden Punkte sind unsere zentralen Positionen für die kommenden zwei Jahre der Berliner Koalition – ersatzweise für ein neues Regierungsprogramm:

I. Soziale Marktwirtschaft stärken – auch in Europa

Die **Soziale Marktwirtschaft** ist die Grundlage unseres Erfolgs und sie ist das **weltweit erfolgreichste und menschenfreundlichste Wirtschaftssystem.** Das Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft und für ihre Grundsätze der Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft hat allerdings in den letzten Jahren gelitten. Das gilt auch im Hinblick auf Europa.

1. Wir wollen ein **verbessertes Bewusstsein für die Soziale Marktwirtschaft schaffen** – insbesondere für die Grundsätze von Freiheit, Eigenverantwortung und Leistung. Wir wollen dies vor allem in den **schulischen Lehrplänen** stärker als bisher zum Thema machen.
2. Kein anderes Wirtschaftssystem ist so menschenfreundlich, freiheitsfreundlich und solidarisch wie die Soziale Marktwirtschaft. Wir wollen das deutsche Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft **in der Gesetzgebung und in den Verträgen der Europäischen Union** verankern. Das muss insbesondere auch im Hinblick auf die Gesetzgebung und besondere Regeln **für kleine und mittelständische Unternehmen** gelten.
3. Wir wollen eine starke Europäische Union, um im weltweiten Wettbewerb und in weltweiten Krisen bestehen zu können. Die Europäische Union kann aber nur dann zum Besten ihrer Bürger und der Nationen wirken, wenn in ihr die Grundsätze der Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft (wieder) gelten. Eine engere europäische Zusammenarbeit muss auf diese Grundsätze gegründet sein. Umgekehrt darf Europa nicht auf Kosten einzelner Länder

arbeiten. Das betrifft alle politischen Bereiche. In diesem Sinne unterstützen wir **Verhandlungen über eine schlankere, bürgernähere – und damit stärkere Europäische Union.**

4. Die Griechenland-Krise hat gezeigt: eine bürgernahe Europäische Union braucht vor allem das **Bekenntnis zum Europäischen Stabilitätspakt und dessen Durchsetzung.** Klare Schuldenregeln und der Grundsatz der Eigenverantwortung bedeuten auch: Keine Haftung durch die Steuerzahler anderer Staaten für das selbstverantwortete Verschulden anderer! **Die Europäische Union kann nicht zulasten deutscher Steuerzahler weiter wachsen!**

II. Soziale Marktwirtschaft bedeutet auch Steuersparsamkeit – Schulden abbauen – entlasten – investieren

Der Staat nimmt immer neue Rekordstände an Steuern ein. Diese Mehreinnahmen werden bislang über Jahre hinweg sofort verplant. Dabei sind und bleiben Steuern immer und zuallererst das Geld der Steuerzahler. Der Staat muss im Hinblick auf ihre Verwendung äußerst zurückhaltend handeln.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet nämlich auch und vor allem Steuerklarheit - und Steuerzurückhaltung – Steuersparsamkeit! Wir wollen auch Willkürlichkeit und staatliche „Wohltaten“ im Ausgabenverhalten vermeiden.

5. Wir wollen einen **ausgewogenen Einsatz von zusätzlichen Steuergeldern.** Deshalb wollen wir bei der Mittelfristigen Finanzplanung und im Bundeshaushalt eine **generelle Dreierregel einführen: jeweils ein Drittel zusätzlicher Steuereinnahmen soll für den Abbau von Schulden, die Entlastung der Steuerzahler und Investitionen eingeplant werden.**

III. Nach der Schuldenbremse kommt die Steuerbremse – Entlastungen für Bürger und Betriebe

Die **Schuldenbremse** muss auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Haushaltspolitik sein. Im Interesse unserer Kinder und Enkel brauchen wir nun auch die **Steuerbremse** – einen finanziellen Belastungsstopp vor allem für Mittelstand und Mittelschicht.

6. Wie begrüßen den **Einstieg in den Abbau der Kalten Steuererhöhung** (Kalte Progression) – wir fordern eine Verstetigung und automatische Anpassungen für die Zukunft.
7. Wir begrüßen die Ankündigung des **Einstiegs in das Auslaufen des Solidaritätszuschlags.** Er hat seine Funktion für die deutsche Einheit längst

verloren. Ein Weiterlaufen des Soli würde eine neue Dauersteuer bedeuten. Wir haben aber gesagt: Keine Steuererhöhungen! Dieses Versprechen wollen wir – wie bei der Kalten Steuererhöhung – auch beim Soli umsetzen.

8. Wir wollen eine **klare Vereinfachung des Steuerrechts**. Wir wollen Steuerklarheit für Steuerzahler. Das schafft mehr Akzeptanz und Transparenz. Dazu gehört für uns auch eine **Vereinfachung der Mehrwertsteuer**.
9. Wir wollen **Steuervereinfachung ohne Steuererhöhung auch bei der Erbschaftsteuer**. Sie muss insbesondere Arbeitsplätze vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen erhalten helfen. Unser Fernziel ist eine Abschaffung der Erbschaftsteuer, weil es sich um bereits versteuertes Einkommen bzw. Vermögen handelt – und somit um eine Doppelbesteuerung. Ersatzweise wollen wir eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer.
10. Wir wollen eine **grundsätzliche Steuerentlastung vor allem im mittleren Bereich**, durch einen linear-progressiven Steuerverlauf. Das bedeutet einen Wegfall besonders starker Belastungen („Mittelstandsbauch“) bei mittleren Einkommen. Es kann nicht sein, dass sich heute im Vergleich zu früher weitaus mehr Steuerzahler im Spitzensteuersatz wiederfinden, obwohl sie keine Spitzenverdiener sind.

IV. Mit der Steuerbremse kommt die Bürokratiebremse – Mehr Freiheit für Bürger und Betriebe

Bürger wie Betriebe leiden immer mehr unter staatlicher Bürokratie und Bevormundung. **Gerade kleine Betriebe können den immer stärker geforderten Bürokratieaufwand nicht mehr leisten**. Das alles kostet Zeit und Geld.

Bürokratieabbau ist ein politisches Dauerthema – dennoch wächst Bürokratie immer mehr an. Wir wollen auch hier eine Bewusstseinswende: Politik muss nicht alles regeln, was geregelt werden kann. Für uns gilt: Freiheit und Eigenverantwortung von Bürgern und Betrieben müssen an erster Stelle stehen! Wir wollen mit Bürokratieabbau endlich ernst machen. Damit wollen wir **Bürokratiemonster wie bei der Umsetzung des Mindestlohns künftig vermeiden**.

11. Wir wollen den Betrieben den rot-grünen Zwangskredit der **Vorfälligkeit der Sozialbeiträge zurückgeben**. 2005 hatte Rot-Grün Unternehmen gezwungen, Sozialbeiträge schon vor Ablauf des Gehaltsmonats zu zahlen (die Fälligkeit der Sozialbeiträge wurde auf den drittletzten Bankarbeitstag im Monat vorverlegt – auf einen Zeitpunkt, zu dem alle Abrechnungen nur vorläufig sein können und damit mehrfach zu überprüfen und abzurechnen sind). Diesen Zwangskredit wollen wir endlich zurückgeben – und damit endlich ein mehrfach erneuertes

Versprechen einlösen. Das wäre ein größtmöglicher Beitrag zum Bürokratieabbau. Dadurch erhalten die Sozialkassen künftig nicht weniger Geld – aber die Betriebe werden durch den Wegfall des Zwangskredits entlastet.

12. Wir wollen **automatische Überprüfungen und Verfallsfristen für Gesetze und Verordnungen** – insbesondere von solchen, die besonders in innerbetriebliche Prozesse eingreifen.
13. Wir wollen, dass Gesetze und Verordnungen, die besonders in innerbetriebliche Prozesse eingreifen, künftig nicht mehr nur von den Ressorts für Arbeit, sondern **auch von den Ressorts für Wirtschaft erarbeitet und begleitet** werden. Wir wollen, dass der **Bundestag künftig auch über Rechtsverordnungen entscheiden kann** bzw. diese Entscheidung an sich zieht bzw. erst dann Gesetzen zustimmt, wenn die Rechtsverordnung vorliegt.
14. Wir wollen die Einrichtung eines **Beirates Mittelstand**, der **in Ergänzung zum Normenkontrollrat** – und in Unterschied zu diesem – ausschließlich aktive Unternehmer umfasst. Dieser soll ähnlich unabhängig wie der Wehrbeauftragte des Bundestags sein und auch eine entsprechende öffentliche Anwaltsfunktion übernehmen.
15. Wir wollen **möglichst bürokratiefreie Regelungen beim Rentenübergang**. Betriebe brauchen gerade die Erfahrung älterer Arbeitnehmer und diese wollen oft gerne einen Teil ihrer Zeit weiterarbeiten. Wir wollen deshalb die **Flexi-Rente**: mehr Fairness für Arbeitgeber und Arbeitnehmer – Sozialabgaben für Flexi-Rentner dürfen von Arbeitgebern nur gezahlt werden, wenn auch die Arbeitnehmer direkt davon etwas haben. Damit soll jeder, der will und kann, so lange und so viel weiterarbeiten, wie es ihm und dem Arbeitgeber möglich ist.

Dieses sind unsere zentralen Positionen. Bürger und Betriebe tragen unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unseren Staat.

Mehr als alle gutgemeinten neuen Förderprogramme brauchen sie vor allem eines: finanzielle und freiheitliche Entlastung!